

Sehr geehrter Herr Präsident,

auf diesem Weg möchten wir unsere Besorgnis über das im offiziellen Journal des Bundesstaates veröffentlichte Dekret des Präsidenten (6.3.2009) zum Ausdruck bringen, welches das Reglement des Gesetzes für Biosicherheit der genetisch veränderten Organismen in Mexiko verändert und die Regelung zum Sonderschutz des Mais eliminiert. Ebenfalls fordern wir den mexikanischen Staat auf, sich verantwortungsvoll gegenüber den weltweiten wissenschaftlichen Untersuchungen über gentechnisch manipulierte Pflanzen zu zeigen¹

Es ist nachgewiesen, dass solche Veränderungen erhebliche Risiken sowohl für die Gesundheit von Menschen und Tieren als auch für das ökologische Gleichgewicht darstellen.

Das vorherige Gesetz erkannte die Lebenswichtigkeit des Mais im mexikanischen Ökosystem und zudem die weltweit entscheidende Rolle Mexikos als Biodiversitätszentrum dieses Getreides (65 Arten und ca 13 000 Sorten) an. Das neue Dekret verurteilt nicht nur die illegalen Aussaaten nicht, wie sie seit 2001 in Oaxaca und anderen Bundesländern der Republik aufgedeckt worden sind, sondern unterlässt auch jegliche obligatorischen Maßnahmen, um die Kontaminierung durch Genmais zu verhüten, zu beheben und einzudämmen, und gefährdet so die Biodiversität des Mais und die Ernährungssicherheit in Mexiko und Mittelamerika.

Der Konzern Monsanto hat das Ungenügen der angewandten Methoden zur Genmanipulation eingestanden², denn die Wirkungen des Gens sind beim Wachstums und in der Entwicklung der Pflanzen oder in der Umwelt wenig voraussehbar und eben deshalb unkontrollierbar. Dennoch will Monsanto versuchsweise zwölf Sorten Gen-Mais (darunter Bt) in Mexiko anbauen; sie weisen zwei Charakteristika auf:

a) Resistenz gegen bestimmte Insekten. Es handelt sich um so genannte Bt-Pflanzen, die ein Gen des *Bacillus Thuringiensis* enthalten, das dazu dient, ein Gift zu produzieren, das nicht nur als Schädlinge angesehene Insekten tötet, sondern auch Schmetterlinge, Bienen und Wasserorganismen, schlimme ökologische Schäden anrichtet und die Gesundheit über die Nahrungskette gefährdet.

In Deutschland hat man in zahlreichen Fällen Honig, der mit Genmais-Rückständen verunreinigt worden war, vernichtet, um Gesundheitsschäden der Verbraucher zu vermeiden.

b) Glyphosat-„Toleranz“, d.h. Resistenz gegen das vom selben Konzern produzierte und als „Round Up“ in vielen Ländern vermarktete Breitbandherbizid. Diese Substanz bringt erwiesenermaßen auch Vögel und Frösche um und verursacht bei Menschen, die sie einatmen oder in Berührung mit ihr kommen, schwere gesundheitliche Schäden. Außer dass sie nicht biologisch abbaubar ist, vergiftet sie den Boden und die wasserführenden Schichten und gefährdet so die Gesundheit derer,

1 Es kursiert bereits eine umfangreiche Dokumentation der wissenschaftlichen und technischen Studien über Gen-Pflanzen, über Erfahrungen in El Salvador, Costa Rica, Nicaragua, Indien, Deutschland, Canada und den USA, unter anderem z.B. Dokumentarfilme im Internet aus Frankreich und Deutschland (auf Spanisch) unter: <http://www.greenpeace.org/espana/reports>, <http://tves.greenpeaceweb.org/default.asp?loadfilm=138&loadcat=28#topmovie>, und in YouTube auf Spanisch: „El mundo según Monsanto“ de Marie-Monique Rubin, „Promesas crecientes. Gentécnica en Centroamérica“ de Sike Pohl & Barbara Lubich; „La vida fuera de control“ Kai Krüger & Bertram Verhaag.

2 Im Patentregister Monsanto WO2004/053055, zitiert in Dr. Christoph Then & RA Katrin Brockmann en „Lässt sich der Anbau von Gen-Mais Mon810 in Deutschland verbieten? Eine wissenschaftliche und rechtliche Bewertung, Berlin 2.4.2009, S.5

die diese Ressourcen nutzen.

Deutschland hat ebenso wie Frankreich, Österreich, Griechenland, Luxemburg und Ungarn beschlossen, die Aussaat der einzigen bisher in Europa zugelassenen Genmais-Sorte MON810 von Monsanto zu verbieten, da neue Studien hohe Risiken für die Gesundheit von Menschen und Tieren und Schädigungen der Umwelt bekräftigen. Sie weisen auch mangelnde effektive Messungen der Toxizität des in dem Gen vorhandenen Giftes nach, das dieser Maissorte implantiert wurde, und daher auch ungenügende vertrauenswürdige Information über die tatsächlichen Folgen dieser Technologie in den 10 Jahren des Anbaus. Das macht einen gesetzlichen Rahmen und eine Infrastruktur strikterer Kontroll- und Schutzmaßnahmen für den Landwirt, den Verbraucher und die Umwelt erforderlich, insbesondere hinsichtlich Pflanzen, Pestiziden, Medikamenten und Nahrungsmitteln. Daher muss die Kennzeichnung von Nahrungsmitteln bezüglich der tatsächlichen Mengen von Zutaten, z.B. Hormonen, Zucker, Salz, Fetten und nun GVO, strikter erfolgen. Darüber hinaus ist die Notwendigkeit gegeben, gründliche Risiko- und Referenzstudien sowie Qualitätskontrollen durchzuführen und dabei unabhängige wissenschaftliche Stellungnahmen anzuhören, gerade weil die GVO ein Produkt interessierter Konzerne sind.

Vor der Alternative, in der Landwirtschaft Gentechnologie zu benutzen, die vom Agrobusiness mit dem Versprechen von hohen Erträgen und geringerem Gebrauch von Chemikalien aufgenötigt wird, oder aber zum agroökologischen und organischen System zurückzukehren, geht in Europa der Trend zur letztgenannten Option. Diese bewirkt, im globalisierten Kontext eine gesunde Ernährung, eine rationelle und nachhaltige Nutzung der Ressourcen inklusive der Arbeitskraft zu sichern, und die Abhängigkeit des Bauern von den Agrokonzernen zu vermeiden. Daher sind immer größere Anbaugelände in Europa zu finden, die sich freiwillig für „frei von GVO“ erklären. Was den Export betrifft, setzt, wer die gentechnische Veränderung von Lebensmitteln betreibt, auf das falsche Pferd.

Sogar der Präsident der Vereinigten Staaten, Obama, hat anerkannt, dass für die USA viele Gesetze und Regulierungen über Ernährungssicherheit veraltet sind und dass keine Sicherheit besteht, dass nicht die Einführung von GVO in Nahrungsmittel (Mais, Soja, ...) seit 1996 der Grund für neue, sich in den USA wie in Mexiko explosionsartig ausbreitenden Krankheiten sei, wie z.B. Allergien, Fettleibigkeit, Unfruchtbarkeit oder Magen-Darm-Probleme. Die Familie Obama hat ein Beispiel für ihre Nation gegeben und vernünftigerweise dem biologischen Anbau den Vorzug gegeben. Sie hat in ihrem Garten im Weißen Haus 55 nicht genetisch veränderte Pflanzen angebaut.

Demgemäß fordere ich Sie auf, dass Sie als Staatschef von Mexiko die Verantwortung für die mexikanische Bevölkerung übernehmen, indem sie ihr ein universales Menschenrecht auf Gesundheit garantieren, und den Reichtum an pflanzlicher und tierischer Vielfalt sowie die Umwelt des Landes schützen, indem Sie die folgenden dringlichen Maßnahmen ergreifen:

1. Aufhebung des Dekrets vom 6. März 2009 und die Verstärkung der Kontroll- und Überwachungsinfrastruktur für den Mais-Anbau im nationalen Maßstab, um die Kontamination einheimischer Pflanzen durch Gen-Sorten zu vermeiden.

- 2 Entschädigungsforderungen an die agroindustriellen Firmen, die für Schäden aufzukommen haben

- a) gegenüber den betroffenen Landwirten und Bauern, deren Nativmais (und möglicherweise noch andere Kulturen mexikanischen Ursprungs) durch illegalen Anbau von Genmas kontaminiert worden ist:³ Überdies ihnen Entschädigung zu verschaffen, für die Kontamination von Böden und

³ Im Oktober 2008 hat die SAGARPA in 210 ha. Das illegale Vorhandensein von Gen-Mais von Monsanto entdeckt.

Wasser durch die Anwendung von Agrochemikalien.

b) gegenüber Bewohnern von Ortschaften in der Nachbarschaft von Zonen mit illegalem Gensorten-Anbau wegen gesundheitlicher Schäden und wegen Umweltverschmutzung durch übermäßige Anwendung von Agrochemikalien.

3. Beachtung des Rechts der Verbraucher, ihre Nahrung in Kenntnis ihrer Bestandteile zu wählen, indem die Nahrungsmittel mit GVO gekennzeichnet werden, und Schutz ihrer Gesundheit mittels eines Systems effizienter Nahrungsmittelkontrolle und Bestandteileprüfung, wie die FAO und die Weltgesundheitsorganisation es fordern

4. Abschaffung der Patente auf Lebewesen (darunter Saatgut) und auf Wasser, dem europäischen Trend folgend, um die Abhängigkeit der Landwirte und Bauern von den Agrokonzernen zu vermeiden und deren übermäßigen politischen Einfluss zu beschneiden

5. Garantie der nationalen, nachhaltigen Ernährungssicherheit als unmittelbare nationale Priorität und Herausnahme von Grundnahrungsmitteln und Wasser aus den Abkommen NAFTA, OMC und ähnlichen Verträgen; die Untersagung anderweitiger Benutzung (für Brenn- und Treibstoffe etc.); die Beschränkung des Exports auf Überproduktion, ohne Produzenten und Ökosysteme zu missbrauchen; die Gewährleistung von fairen Löhnen und Preisen für Agrarprodukte auf den lokalen und internationalen Märkten, insbesondere für die kleinbäuerliche Produktion; Förderung der Selbstversorgungswirtschaft, um Migration zu vermeiden; Schutz der Inlandsproduktion vor unfairer Konkurrenz auf internationalen Märkten und vor der Dominanz der agrochemischen und der Nahrungsmittelkonzerne.

Die Zukunft der Ernährung und die Gesundheit von 110 Millionen Mexikanern sowie die Integrität der Umwelt Mexikos stehen auf dem Spiel. Darum bitten wir Sie, die fundierten, unabhängigen Stellungnahmen und die Erfahrungen von Ländern zu berücksichtigen und zu beherzigen, welche diese Technologie schon erprobt haben und sie in verantwortlicher und übereinstimmender Haltung abgelehnt haben.

Hochachtungsvoll,